

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen.
Der Preis für die 24 mm breite Gebirgs-Belegblätter im Einzelverkauf 20, monatlich 50, für die 30 mm breite Gebirgs-Belegblätter 25, monatlich 60, für die 30 mm breite Gebirgs-Belegblätter 30, monatlich 70, für die 30 mm breite Gebirgs-Belegblätter 35, monatlich 80.
Verlags-Adresse: Leipzig Nr. 12225.
Erscheinungs-Adresse: Leipzig, Nr. 12.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Böhm. Neudorf, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.
Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Schneeberg.
Verlag G. M. Gärner, Aue, Erzgeb.
Zustellort: Nos 81 und 82, Böhm. (Karl) Nos 440, Schneeberg 12, Schwarzenberg 12225. Druckort: Buchdruckerei Kumpfmeyer.

Wichtiges - Warnung für die am Nachmittage 4 Uhr in den Hauptstädten
Berlin. Die Behörden für die Maßnahmen der Polizei
am vorgeschriebenen Tage (am 1. Mai) sind
nicht zu gehen, auch nicht für die Möglichkeit der
Verbreitung von Gerüchten über die
Verhältnisse in der Hauptstadt. — Unterbrechung des
Schulbetriebes beginnt keine Maßnahme. Bei
Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung
wird die Polizei zum Einsatz kommen. Die
Bekanntmachungen sind: Aue, Böhm. Schneeberg
und Schwarzenberg.

Nr. 104. Dienstag, den 6. Mai 1930. 83. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Das gerichtliche Vergleichsverfahren, das zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Kaufmanns und Fabrikbesizers Friedrich Wilhelm Schreiber in Aue, alleinigigen Inhabers der Firma Ernst Feder, Metall- und Lackwarenfabrik, daselbst, eröffnet worden ist, ist zugleich mit der Befristung des im Vergleichstermine vom 2. Mai 1930 angenommenen Vergleichs durch Beschluss von demselben Tage aufgehoben worden.
Aue, den 3. Mai 1930. Das Amtsgericht.

Zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen der Firma Schramm & Leibiger, Aluminiumwarenfabrikation in Schwarzenberg, Sa., Annaberger Straße 18, wird heute am 3. Mai 1930 vorm. 11 Uhr das gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet.
Termin zur Verhandlung über den von dem Schuldner gemachten Vergleichsvorschlag wird auf
Montag, den 26. Mai 1930, vorm. 10 Uhr
vor dem Amtsgericht Schwarzenberg bestimmt.
Als Vertrauensperson wird Herr Ortsrichter Otto Ulbrich in Schwarzenberg bestellt.

Die Unterlagen liegen auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten aus.
Schwarzenberg, den 3. Mai 1930. Das Amtsgericht.

Mittwoch, den 7. Mai 1930, vorm. 11 Uhr, sollen im Versteigerungsraum des Finanzamtes 2 Schreibmaschinen, 1 Nähmaschine, 1 Sofa, 2 Nähmaschinen, 1 Elektromotor, 1 Ventilator, 1 Taschometer, 1 Personenkraftwagen, 1 Klavier, 10 Paar Herrenschuhe, 3,60 m Anzugstoff, 8 techn. Oefen öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.
Die Vollstreckungsstelle des Finanzamtes Aue.

Dienstag, den 6. Mai 1930, nachm. 2 Uhr, sollen in Böhmisch 1 Autogenschweißanlage, bestehend aus einem Schweißapparat mit 7 Zubehörsätzen, 3 Christbaumständer, 5 Borhanschläger, 1 Stemmeisen, 1 Gasgewindeschneidkluppe und 2 Eisenhämmer meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.
Sammelort der Bieter: Amtsgericht.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Böhmisch.

Dienstag, den 6. Mai 1930, vorm. 10 Uhr, sollen in Lauter 6 Grammophonplatten und 1 Personenkraftwagen öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.
Sammelort der Bieter: Gasthof zum Löwen. 05811/29
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Zusammenbruch durch die Tribullast.

Reuzdorf, 4. Mai. Im Deutschen Gefellig-Wissenschaftlichen Verein hielt Senator Copeland eine Rede, in der er u. a. ausführte, Deutschland sei auf keinen Fall im Stande, die ihm aufgezwungenen Tribute zu zahlen. Die übergroße Belastung müsse einen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft herbeiführen. Die dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit werde eine Quelle revolutionärer Umtriebe sein. Die ganze Welt sei am Wohlstand Deutschlands interessiert, da Deutschland ein hervorragendes Bollwerk gegen die bolschewistische Flut sei.

Das sagt ein amerikanischer Senator. Die deutsche Regierung aber kämpft erbittert für den unerfüllbaren Youngplan. C. B.

Ein Weltstickstoffyndikat.

Berlin, 4. Mai. Die Verhandlungen der Internationalen Stickstoffproduzenten unter Vorsitz von Geheimrat Caro und des Franzosen Gall haben zu einem positiven Ergebnis geführt. Die Vertreter Deutschlands, Italiens, Belgiens, Südafrikas, der Tschechoslowakei, Norwegens, Schwedens, der Schweiz, Polens und anderer Länder schlossen sich zu einem Syndikat zusammen, das eine Produktion von 250'000 Tonnen Stickstoff umfasst. Diese Zahl entspricht einem Anteil von 92 Prozent an der gesamten Weltproduktion. Lediglich Japan war infolge der großen Entfernung nicht vertreten. Auf deutscher Seite sind die Abmachungen für sämtliche Stickstoff-erzeuger bindend.

Deutschrussischer Hilferuf nach Genf.

Genf, 4. Mai. Im Sekretariat des Völkerbundes gehen fortgesetzt Schreiben der aus Sowjetrußland ausgewanderten deutschen Bauern ein, in denen der Völkerbund auf das dringendste ersucht wird, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um die Auswanderung der in Sowjetrußland noch verbliebenen deutschen Bauern zu ermöglichen. In den Schreiben heißt es übereinstimmend, die sowjetrussischen Behörden hätten den deutschen Bauern jede Existenzmöglichkeit genommen. Ihr Leben wäre ständig in Gefahr. Bisher hätte nur ein ganz geringer Bruchteil der in Sowjetrußland ansässigen Bauern auswandern können. Die überwiegende Mehrzahl der deutschen Bauern sei gezwungen, unter trostlosen Lebensbedingungen in Sowjetrußland zu leben. Wenn nicht bald Maßnahmen ergriffen würden, so würde die Vernichtung der deutschen Bauern in Sowjetrußland unvermeidlich sein. Die zahlreichen Hilfsgelände der deutschen Bauern sind vom Völkerbundsekretariat ohne jede Verantwortung gelassen. Im Völkerbund fürchtet man jedenfalls Verwicklungen mit der Moskauer Regierung.

Ein schwarzer Tag an der New Yorker Börse.

New York, 4. Mai. Infolge ungeheurer Abgaben an der Börse sanken die Wertpapiere und Aktien gestern allgemein um 1 bis 14 Punkte. Gegen Schluß der Börse ergriff das Publikum eine undogmatische Haltung. Aus Angst vor einem Crash suchten die Besitzer von Wertpapieren diese noch schnell zu verkaufen.

Dortmund, 4. Mai. Die Nationalsozialisten hielten gestern und heute hier eine Gaudilogue ab. Die Kommunisten hielten eine Gegenkundgebung ab. Zu einem ernstlichen Zwischenfall kam es im Mittelpunkt der Stadt, wo der Personenkraftwagen des Polizeipräsidenten angegriffen wurde. Die Scheiben des Wagens wurden zertrümmert, die den Präsidenten begleitenden Beamten wurden durch Stockhiebe verletzt. Als sie zur Schutzwehr griffen, flüchteten die Angreifer und entkamen.

Danzig, 4. Mai. In Goppor wurden zwei polnische Offiziere verhaftet, die Schilder mit deutschen Aufschriften abriffen. Ein dritter, an den Ausschreitungen beteiligter Offizier konnte flüchten.

Ruhhandel oder Führung?

Man schreibt dem C. B. aus Berlin:
Für das Kabinett Brüning sieht jetzt die Schicksalsfrage herauf, ob es die Führung im Inneren, die es vor Ostern in die Hand zu nehmen versucht hat, beibehalten wird oder nicht. Wenn schon bei der Beratung der Steuergesetze sich die Anzeichen einer recht unerfreulichen Fraktionswirtschaft und des Nachgebens der Regierung gegenüber unsachlichen Einflüssen gezeigt hatten, so sind jetzt Ereignisse eingetreten, die diese Befürchtungen noch verstärken.

Der Reichsrat hatte kurz vor Ostern den Beschluss gefasst, entgegen der Haltung der früheren Regierung die erste Variante für das Panzerschiff B in den Haushalt für 1930 einzustellen. Die Haltung der Regierung gegenüber der Panzerschifffrage war durchaus nicht so eindeutig, wie man es im Interesse ihres Führungsanspruches und ihrer Autorität gewünscht hätte. Denn die Mehrfragen eignen sich nach unserer Auffassung nicht dazu, zum Gegenstand des parlamentarischen Ruhhandels gemacht zu werden. Die Frage, ob ein Panzerschiff zur Modernisierung unserer völlig veralteten Flotte gebaut werden soll oder nicht, kann nicht dadurch gelöst werden, ob diese oder jene Partei sich mit Mehrheit dafür oder dagegen erklärt. Wenn nun das Reichskabinett zuerst über die Panzerschifffrage garrnichts sagt, dann sich zögernd auf die Grundlage des Reichsratsbeschlusses stellt, um schließlich wieder vor der Ablehnung zweier Regierungsparteien, des Zentrums und der Demokraten, zurückzuweichen, dann hat das mit Führung nicht mehr das geringste zu tun. Das ist genau daselbe, wie wir es unter früheren Regierungen erlebt haben, wo die Entscheidung über staatliche Notwendigkeiten abseits aller sachlichen Erwägungen davon abhängig gemacht wurde, ob die für eine Mehrheit in Frage kommenden Fraktionen imstande waren, über ein solches Problem einen Ruhhandel zu tätigen.

Daselbe scheint sich leider beim Ostprogramm anzubahnen. Schon seit Tagen verhandelt das Kabinett ergebnislos über die endgültige Formulierung. Die Gesamtaufwendungen für das Jahr 1930 sind aus Haushaltsrückichten erheblich niedriger bemessen worden als man es ursprünglich geplant hatte. Aber auch der Charakter des Ostprogramms scheint insofern eine Wendung zu erfahren, als man es offenbar eingliedern will in ein allgemeines wirtschaftspolitisches Ostprogramm für alle wirtschaftlich notleidenden Teile des Reiches. Außer Ostpreußen und den Grenzreisen gegenüber Polen, die in der ersten Zeit besonders bedacht werden sollen, werden als solche Notstandsgebiete sämtliche ostelbischen Provinzen, einschließlich der Nordmark, gewisse bayerische Kreise, sowie auch die Westmark angesehen. Man hat bisher noch keinen rechten Ueberblick, wie dieses Programm im einzelnen gestaltet werden soll. Aber es steht so aus, als ob der Beschluss zu einer wirksamen Hilfe im Kabinett nur schwer gefasst werden sollte. Wenn man das ganze wirtschaftliche Notstandsprogramm auf eine so umfassende Grundlage stellt, dann entsteht natürlich die Gefahr, dass, wie in früheren Fällen so oft, für keine Stelle etwas Wirksames geschieht. Man wird das endgültige Urteil noch zurückstellen müssen, bis die Vorschläge der Regierung, die man bisher nur bruchstückweise aus einzel-

nen Indiskretionen kennt, in ihrer endgültigen Gestalt vorliegen. Schon jetzt aber muß davor gewarnt werden, daß wiederum nur halbe Maßnahmen getroffen werden und daß der große staatspolitische Gedanke, dem Osten endlich einmal von Grund auf zu helfen und ihn aus seiner unerschuldeten Notlage zu befreien, nicht verwaßert wird. Das Ostprogramm wird jedenfalls die nächste Probe für das Kabinett Brüning sein, und die Regierung wird sie nur bestehen, wenn sie den entschlossenen Willen zum klaren Handeln aufbringt.

Reichsreform und Wirtschaft.

Wie der Reichsfinanzminister der Wirtschaft helfen will.

Hannover, 4. Mai. Auf der heutigen Jahreshauptversammlung des Westfälisch-Lippischen Wirtschaftsverbandes in Bad Elfen sprach Reichsfinanzminister Moldenbauer über das Verhältnis der Finanzpolitik zur Wirtschaft. Der Minister beschäftigte sich zunächst mit den Ursachen der Arbeitslosigkeit, die das äußere Zeichen der überaus schwierigen Lage der deutschen Wirtschaft sei, und führte dann weiter aus: Die Krise der Landwirtschaft sei mit verursacht durch eine Ueberproduktion in der Welt. Eine weitere Ursache für die Wirtschaftskrise liege in dem Kapitalmangel. Die mangelnde Kapitalbildung sei verursacht vornehmlich durch den überaus hohen Steuerdruck, der nicht zum geringsten Teil auf die Reparationslasten zurückzuführen sei. Aufgabe der Finanzpolitik müsse es sein, diesen Steuerdruck zu mildern, damit die Kapitalbildung zu ermöglichen und den Kredit zu fördern und die Zinsen zu senken. Erstes Erfordernis sei es, die schwebende Schuld soweit abzubauen, daß sie die Finanzgebahrung nicht mehr ernstlich bedrohe. Möglich sei dies nur durch eine sofortige starke Erhöhung der Steuern. Für diesen Zweck hätten die bereits überspannten direkten Steuern nicht herangezogen werden können, sondern nur die indirekten. Diese Steuererhöhung im Betrage von 550 Mill. Mark sei unmittelbar vor Ostern nach harten Kämpfen bewilligt worden. Der Etat für 1930 sei ausgeglichen. Er wolle nicht verschweigen, daß dem Etat eine große Gefahr von seiten der Arbeitslosenversicherung drohe. Nach den letzten Berichten liege die Zahl der Arbeitslosen um 500'000 über der des vergangenen Jahres. Wir werden, so fuhr der Minister fort, in den nächsten Monaten sehr ernste Maßnahmen ergreifen müssen, um diese Gefahr für den Etat, die unter allen Umständen gebannt werden muß, erfolgreich abzuwehren.

Ebenso wichtig ist die Durchführung eines großen Agrarprogramms und eine wirkliche Hilfe für den Osten. Wir sind uns bewußt, damit auch produktive Arbeit zu schaffen und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Dem Reichstag ist ein Ermächtigungsgesetz zugegangen, das die Möglichkeit gewährt, die Kapitalertragssteuer für die festverzinslichen Werte aufzuheben. Die Steuerentlastung soll sich nicht nur auf die Kapitalertragssteuer beschränken. Es sollen schon jetzt die Gesetze in Angriff genommen werden, die im kommenden Jahre die Steuerentlastung bringen. Hier steht in erster Linie die Senkung der Realsteuern, der Grundvermögens- und der Gewerbesteuer.

Nach auf die Finanzpolitik der Gemeinden muß sich die Finanzreform erstrecken. Wir denken einmal daran, die Kreditgewährung der Gemeinden einheitlich zu regeln, damit nicht durch das gleichzeitige ungerichtete Angehen des Kapitalmarktes von allen Seiten der öffentlichen Hand der Markt wieder verdrängt wird. Wir denken an den Zwang der Gemeinden zur Rechnungslegung gegenüber einer von den Gemeinden unabhängigen Stelle und schließlich daran, eine Bürgerabgabe oder einen ähnlich bezog-

lichen Steuerfaktor einzuführen und diesen in eine Relation zur Gewerbesteuer zu bringen. Aber ernstlich werden wir hier nur weiterkommen, wenn in den Ländern und Gemeinden der feste Wille zur Senkung der Ausgaben vorhanden ist. Ein systematisches Sparen setzt gesetzgeberische Eingriffe voraus. Dazu soll ein Ausgabenkatalog kommen, für das die Vorarbeiten in meinem Amt abgeschlossen sind; die Voraussetzungen liefern. Ohne harte Eingriffe wird es dabei nicht abgehen.